



Principality of Sealand

www.principality-of-Sealand.de

www.principality-of-Sealand.org

This documentation is free for personal use.

Copyright © 2001, 2001 & 2002 Principality of Sealand

Contact:

info@principality-of-sealand.org

Der Generalbevollmächtigte

für den verfassungsrechtlich Besonderen Status von Berlin
Körperschaft des öffentlichen Recht - als Ermittlungsbehörde in Sachen Hochverrat



Der Generalbevollmächtigte für den verfassungsrechtlich Besonderen
Status von Berlin - provis. Amtssitz Königsweg 1 - W-1000 Berlin 37

Deutsche Telekom AG
z. Hd. des Vorstandsvorsitzenden
Herrn Dr. Ron Sommer
Friedrich-Ebert-Allee 140

provis. Amtssitz :
Königsweg 1
W-1000 Berlin-Zehlendorf 1
Fernruf (030) 802 91 66

D-5300 Bonn

Berlin, 21. August 2000

Ermittlungsverfahren gegen Sie wegen des Vorwurfes des Landes- und Hochverrat, des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, des versuchten schwersten Betrug, der versuchten widerrechtlichen Bereicherung, des versuchten schweren Diebstahls, der fortgesetzten Unterschlagung von Reichsvermögen/Reichsondervermögen, Erschleichung von Leistungen sowie Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Sehr geehrter Herr Dr. Ron Sommer!

Uns sind Unterlagen und Zeugenaussagen heran getragen worden, die belegen, daß das im Betreff genannte Ermittlungsverfahren gegen Sie gerechtfertigt ist. Wir müssen daher von Amts wegen gegen Sie wegen Landes- und Hochverrat ermitteln.

Ihnen wird vorgeworfen, daß Sie entgegen der Aufforderung des Reichspostministeriums das Grundstück „Hakeburg“ in Kleinmachnow, welches Sondervermögen des Reichspostministeriums und somit des Deutschen Reiches darstellt, nicht geräumt haben. Weiterhin haben Sie die (bundesverfassungs)gerichtliche festgestellte Existenz und Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches und die gerichtlich festgestellten Existenz und Handlungsfähigkeit der Kommissarischen Reichsregierung geleugnet und durch die widerrechtliche Besetzung von Reichsvermögen bzw. Reichsondervermögen nicht anerkannt. Weiterhin wird Ihnen Widerstand gegen die Staatsgewalt, versuchter schwerster Betrug, versuchte widerrechtliche Bereicherung, versuchter schwerer Diebstahl, fortgesetzte Unterschlagung von Reichsvermögen / Reichsondervermögen, Erschleichung von Leistungen und Bildung einer hochkriminellen Vereinigung vorgeworfen. Alles erfüllt den Tatbestand des

Landes- und Hochverrat

Sie wissen, daß die Existenz des Staates Deutsches Reich zum Beispiel durch die Bundesverfassungsgerichtsurteile 2 BvL 6 / 56, 2 BvF 1 / 73 und 2 BvR 373 / 83 festgestellt ist. Sie wissen, daß die Existenz der Kommissarischen Reichsregierung und der Kommissarischen Landesregierung des Freistaates Preußen durch Urteil S 56 Ar 239 / 92 des Sozialgericht Berlin und dem Urteil L 14 Ar 50 / 92 des Landessozialgericht Berlin festgestellt ist. Sie wissen, daß die Handlungsfähigkeit der Kommissarischen Reichsregierung und die Handlungsfähigkeit der Kommissarischen Preußischen Landesregierung unter der direkten Anweisung des United States Office of Military Government Berlin durch Urteil 13.O.35/93, 13.O.85/93 und 13.O.86/93 durch das Landgericht Berlin festgestellt ist. Sie wissen, daß das der territoriale Geltungsbereich des bundesrepublikanischen Grundgesetzes (Artikel 23 GG) am 17. Juli 1990 gestrichen ist, womit de jure die Bundesrepublik Deutschland aufgehört hat zu existieren. Sie wissen, daß die völkerrechtlich unanerkannt gebliebene „DDR“ somit nie dem Geltungsbereich des Grundgesetzes der „BRD“

überhaupt beitreten konnte und deswegen das Sozialgericht Berlin und das Landessozialgericht Berlin den sogenannten „Einigungsvertrag“ von Anbeginn an für ungültig festgestellt haben, jeweils durch unanfechtbaren Beschluß. Sie wissen, daß der Generalbevollmächtigte für das Deutsche Reich 1987 im Reichstag bereits den Tag des Falls der Mauer für 1989 mit Datum bekanntgegeben hat. Sie wissen, daß der Generalbevollmächtigte für das Deutsche Reich den de facto Untergang der BRD durch die zu erfolgende Proklamation von Berlin zu Groß-Berlin ebenfalls bereits bekannt gegeben hat. Sie wissen, daß gemäß dem Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin (Bundesgesetzblatt II 1990, Seite 1274) die deutsche Souveränität bezüglich Berlins nicht berührt ist und somit auf dem Stand 02. Oktober 1990 verblieben ist, und daß alle alliierten Entscheidungen und Anweisungen weiterhin aufrecht erhalten sind.

Wir müssen Sie darauf hinweisen, daß bis zum durch den handlungsfähigen Staat Deutsches Reich unterzeichneten Friedensvertrag mit allen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges die SHAEF-Gesetzgebung fort gilt. Danach muß jeder der gegen die SHAEF-Gesetze verstößt mit jeder erdenklichen Strafe rechnen, einschließlich der Todesstrafe.

Dieses ist Ihnen bekannt. Ihr Wissen hat auch Bestandskraft für die völkerrechtlich (insbesondere nach den Bestimmungen der UN und der SHAEF-Gesetzgebung), reichsverfassungs-, preußisch landesverfassungs-, provinzialverfassungsrechtlich und berlinstatuswidrigem mittels Rechtsbruch und somit nicht durchsetzbaren Ansinnen Ihrer Person bezüglich der Besetzung von Reichsvermögen/Reichsondervermögen etc., und der Leugnung der obersten deutschen Regierungsgewalt durch das Deutsche Reich, vertreten durch den Generalbevollmächtigten für das Deutsche Reich in Handlung für den fehlenden Reichskanzler und fehlenden Reichspräsidenten.

Aufgrund des fortbestehenden verfassungsrechtlich Besonderen Status von Berlin kann ein bundesrepublikanischer „Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom AG“ in den de jure nicht existenten Bundesländern „Nordrhein-Westfalen (Bonn), Brandenburg (Kleinmachnow)“ kein Recht der spätestens seit dem 18.07.1990 mit der Streichung des territorialen Geltungsbereiches des Grundgesetzes im Artikel 23 GG der Erstfassung vom 23.05.1949 der de jure erloschenen Bundesrepublik Deutschland (s.a. BGBl. II 1990, S.889,890) anwenden.

Gemäß der in Verbindung mit Art. IV des Übereinkommens zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin (BGBl. II 1990, S. 1274) mit Rechtskraft eines Urteils fortgeltenden BK/L (67) 10 vom 24.05.1967 (NJW 1967 S. 1742), macht sich jeder, der gegen die BK/L (67) 10 verstößt, oder der gegen die fortgeltende „SHAEF-Gesetzgebung“ oder die fortgeltenden „Viermächte-Rechte und Verantwortlichkeiten“ verstößt, strafbar und muß bei einer Aburteilung mit jeder möglichen Strafe, siehe Artikel V der fortgeltenden „SHAEF-Proklamation Nr. 1“ vom 10.09.1944 (Amtsbl. US Mil.-Reg. Deutschl. Ausg. A S.1) rechnen.

Wer gegen die derzeit geltende und vom SHAEF-Gesetzgeber genehmigte Reichsverfassung verstößt, wird nach der durch die UN zu erfolgenden Proklamation Berlins zu Groß-Berlin dann per bereits durch die Alliierten genehmigten Haftbefehl verhaftet und vor die dann handlungsfähig gewordenen Gerichte des Staates Deutsches Reich wegen Hochverrats gestellt. Dieses würde dann auch konkret für Sie, Herr Dr. Ron Sommer, zutreffen,

Sofern Sie über die aktuelle Rechtslage und den geltenden Berlinstatus nicht ausreichend informiert sein sollten, ist es bedenklich, mit wie wenig Fachwissen Sie Ihr „Amt“ bekleiden; wir sind jedoch bereit, Sie mit der aktuellen und geltenden Rechtslage vertraut zu machen.

Unsere Aufgabe ist es, den fortgeltenden verfassungsrechtlich Besonderen Status von Berlin unter Beachtung des Völkerrechts, der fortgeltenden Reichsverfassung, der geltenden Landesverfassung des Freistaates Preußen, der fortgeltenden Berliner Provinzialverfassung, der fortgeltenden Gemeindeverfassung der Gebietskörperschaft von Groß-Berlin und dem Übereinkommen zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin (BGBl. II 1990, S. 1274) zu schützen.

Ferner verwalten wir die bereits von den Alliierten und dem SHAEF-Gesetzgeber genehmigten Haftbefehle und alle Straftatvorgänge („à la Salzgitter“), um nach der Proklamation von Groß-Berlin die Verhaftungen etc. zu koordinieren. Wenn die gegen Sie erhobenen Vorwürfe zutreffend sein sollten, werden Sie in die bei uns geführte Kartei der Berlinstatusrechtsbrecher, Kriegsverbrecher, Nationalsozialisten, Landes- und Hochverräter aufgenommen.

Sie erhalten hiermit erst- und einmalig die Gelegenheit, **binnen zwei Wochen** die gegen Sie erhobenen Vorwürfe unter Beweisantritt zu entkräften. Fristentscheidend ist der Posteingang bei uns. Sollten Sie eine persönliche Vernehmung wünschen, teilen Sie uns dieses mit.

Sollten wir in der Ihnen gesetzten Frist nichts von Ihnen hören, gehen wir von der Richtigkeit unserer Unterlagen und der gegen Sie erhobenen Vorwürfe (Völker- und Berlinstatusrechtsbruch, Landes- und Hochverrat) aus. In diesem Fall werden wir alle uns gebotenen Schritte gegen Sie einleiten.

Dieses wäre nach der Proklamation neben der Beschlagnahme Ihres sämtlichen Vermögens und Ihrer sich anschließenden Enteignung, Ihre Festnahme wegen Landes- und Hochverrat und anschließende Aburteilung wegen Landes- und Hochverrat mit dem Ihnen bekannten Strafmaß.

Wir weisen daraufhin, daß nach Genehmigung des Haftbefehls gegen Sie, Ihnen das Einlegen von Rechtsmitteln nicht mehr möglich ist und Sie vom Reichsgericht zur Rechenschaft gezogen werden

Unabhängig davon, haben wir Sie aufzufordern, in Zukunft Ihre Handlungen in bezug auf die Versteigerung von Reichsvermögen bzw. Reichssondervermögen zu unterlassen. Auch sind Sie nicht durch die Ihnen vorgesetzte Oberste Reichsbehörde Reichspostministerium bevollmächtigt, Besetzung von Reichsvermögen bzw. Reichssondervermögen vorzunehmen. Bei Zuwiderhandlungen käme der Tatbestand der versuchten widerrechtlichen Bereicherung, des versuchten schweren Diebstahls sowie des versuchten schweren Betrugs hinzu. Dieses würde im Strafmaß jedoch angesichts, der Ihnen drohenden Hinrichtung nach erfolgter Aburteilung durch das Reichsgericht bzw. erfolgter Aburteilung durch das von den USA nach der Proklamation eingesetzten Kriegsverbrechertribunals nicht erheblich ins Gewicht fallen.

Wir haben Sie ferner aufzufordern, uns die Namen aller Mitglieder und Mitarbeiter Ihrer kriminellen Vereinigung „Deutsche Telekom AG“ bekannt zugeben, Ihre gemeinschaftlichen hochkriminellen Handlungen generell einzustellen, Ihre hochkriminelle Vereinigung mit sämtlichen Untergliederungen aufzulösen und dem Reichspostministerium Ihre sämtlichen Liegenschaften „besenrein“ zu übergeben.

Sollten wir wider Erwarten **binnen zwei Wochen** nichts von Ihnen hören, werden wir dieses als definitives Eingeständnis zu den Ihnen zur Last gelegten Beschuldigungen werten und gegen Sie und Ihre Komplizen mit den uns gebotenen Mitteln und mit aller Härte vorgehen.

Hochachtungsvoll

**Der Generalbevollmächtigte
für den verfassungsrechtlich
Besonderen Status von Berlin**

Im Auftrag

Legationsrat
Abt. Ermittlung Hochverrat



Transcription of August 21, 2000 notification of proceedings to Deutsche Telekom

The Plenipotentiary
for the Constitutionally Special Status of Berlin
A Body of Public Law

August 21, 2000

Deutsche Telekom AG
c/o Chairman of the Board
Mr. Ron Sommer
Friedrich-Ebert-Allee 140
D-5300 Bonn

Preliminary proceedings against you concerning accusations of high treason, of obstructing an officer in the performance of his duties, of attempted most serious fraud, of attempted illegal enrichment, of attempted serious theft, of continual misappropriation of assets/special assets of the German Reich, of obtaining services by devious means and of the formation of a criminal organisation.

Dear Dr. Ron Sommer!

We have received documents and testimonies confirming that the preliminary proceedings mentioned above are justified. Thus we are legally bound to start an inquiry about high treason.

You are charged that against the demands by the Ministry of the Reichspost you have failed to vacate the estate "Hakeburg" at Kleinmachnow, which is a special asset of the Ministry of the Reichspost and thus of the German Reich. At the same time you are said to have denied the existence and power to act of the state German Reich as confirmed by the Constitutional Court of the FRG as well as the judicially confirmed existence and power to act of the Commissary Government of the German Reich by illegally occupying assets or special assets of the German Reich. You are further charged with obstructing an officer in the performance of his duties, of attempted most serious fraud, of attempted illegal enrichment, of attempted serious theft, of continual misappropriation of assets/special assets of the German Reich, of obtaining services by devious means and of the formation of a criminal organisation. All these are facts of high treason.

You know that the existence of the State German Reich has been confirmed for instance by the judgements by the Federal Constitutional Court 2 BvL 6/56, 2 BvF 1/73 and 2 BvR 373/83. You know that the existence of the Commissary Government German Reich and the Commissary State Government of the Free State of Prussia are confirmed by the judgement S

56 Ar 239/92 by the Social Tribunal Berlin and the judgement L 14 Ar 50/92 of the State Social Tribunal Berlin. You know that the power to act of the Commissary Government German Reich and that the power to act of the Commissary State Government of Prussia has been confirmed under the direct instruction by the United States Office of Military Government Berlin in the ruling 13.O.35/93, 13.O.85/93 and 13.O.86/93 by the District Court Berlin. You know that the territorial area of operation of the Federal Constitution (Article 23) has been deleted on July 17, 1990, whereby the Federal Republic of Germany de jure ceased to exist. You know that the "German Democratic Republic" was never accredited in international law and therefore never could join the area of operation of the Constitution of the "FRG", and that for this reason the Social Tribunal Berlin and the State Social Tribunal Berlin had from the onset declared to so-called "Unification Treaty" as invalid, each by inalienable decision. You know that the Plenipotentiary for the German Reich in 1987 at the Reichstag had already announced the date of the day the Wall would fall in 1989. You know that the Plenipotentiary for the German Reich had also announced the de facto end of the FRG through the imminent proclamation of Berlin as Greater Berlin. You know that according to the Agreement About the Regulation of Certain Questions Concerning Berlin (Federal Law Gazette II 1990, p. 1274) the German sovereignty regarding Berlin is not touched and thus remained in the state of October 2, 1990, and that all allied decisions and rulings are thus maintained.

We have to point out that until the State German Reich that is empowered to act signs a peace treaty with all the victorious forces of World War Two, the SHAEF Legislation remains in force. Thus anyone contravening the SHAEF Laws has to reckon with any conceivable punishment including the death penalty.

This you know. Your knowledge also applies to the intention on your behalf – illegal by international law (especially according to regulations by the United Nations and the SHAEF Legislation), by the Reich Constitution, by the Prussian State Constitution, by the Prussian Provincial Constitution and against the Status of Berlin – concerning the occupation of Reich assets/special assets etc., and the denial of the Supreme Power of Government by the German Reich, represented by the Plenipotentiary for the German Reich acting for the absent Chancellor and the absent President.

Based upon the on-going Constitutionally Special Status of Berlin, a Federal Republican "Chairman of the Board of the Deutsche Telekom AG" in the de jure non-existent Federal States of North Rhine-Westphalia (Bonn), Brandenburg (Kleinmachnow) cannot apply the law of the Federal Republic of Germany that is de jure extinct at the latest since July 18, 1990, when the territorial area of operation of the Constitution in Article 23 of the Charter in its original version of May 23, 1949, was deleted (BGBl. 1990 II, pp. 889/890).

According to the still valid BK/L (67) 10 of May 24, 1967, (NJW 1967, p. 1742) in connection with Article IV of the agreement for the regulation of certain questions pertaining to Berlin (BGBl. II 1990, p. 1274), anyone contravening BK/L (67) 10, or the still valid "SHAEF Legislation" or "Four-

power Rights and Responsibilities” is punishable and liable if convicted to any possible penalty including the death penalty, see article V of the still valid "SHAEF Proclamation No. 1” of September 10, 1944, (Official Gazette US Military Government Germany, Issue A, p. 1).

Those contravening the Reich Constitution actually in force and ratified by the SHAEF Legislator shall upon the proclamation by the UN of Berlin to Greater Berlin (Groß-Berlin) be apprehended following the warrants already approved by the Allies and brought before the then authorised courts of the German Reich for high treason. This would then also concretely apply to you, Dr. Ron Sommer.

Should you not be sufficiently informed of the actual legal situation and the valid status of Berlin, then it is alarming that you practise your "office” with such a dearth of expertise; however, we will be happy to acquaint you with the actual and valid legal position.

It is our task to protect the still valid Constitutionally Special Status of Berlin while observing international law, the still valid Constitution of the German Reich, the valid Constitution of the Free State of Prussia, the still valid constitutions of Berlin and other Prussian provinces, the still valid municipal constitution of the corporate areas of Greater Berlin and the agreement for the regulation of certain questions pertaining to Berlin (BGBl, 1990 II, p. 1274).

Further we are administering the arrest warrants already approved by the Allies and the SHAEF Legislator and all criminal offences (like "Salzgitter”) in order to co-ordinate the arrests etc. after the proclamation of Groß-Berlin. Should the accusations against you prove to be correct, you will be entered in our file of those in breach of the Status of Berlin, of war criminals, Nazis and high traitors.

You are hereby given once and only once the opportunity to rebut the accusations by furnishing proof within two weeks. Postal delivery to us determines the deadline. Should you wish a personal interrogation, please let us know.

Should we not hear from you within the time limit set above, we assume the correctness of our documents and of the accusations against you (breach of law both international and pertaining to the Special Status of Berlin, high treason). In that case we will instigate all necessary steps.

We point out that after approval of the arrest warrant it is no longer possible for you to appeal and that you will be accountable to the Reichsgericht (Court of Law of the German Reich).

Independent of this we ask you to cease in the future from any action concerning the auctioning off of Reich assets or Reich special assets. Also you are not authorised by your superior Supreme Authority, the Ministry of the Reichspost to occupy Reich assets or Reich special assets. Contravention constitutes attempted illegal enrichment, attempted severe

theft as well as attempted severe fraud. This will however not make much difference in view of the threat of execution following sentencing by the Reichsgericht respectively sentencing by the War Crime Tribunal set up by the USA after the Proclamation.

Further we have to ask you to give us the names of all members and collaborators of your criminal organisation "Deutsche Telekom AG", to stop their joint highly criminal activities, to dissolve your highly criminal organisation with all its sections and to hand all your real estate over to the Ministry of the Reichspost in a well-swept state.

Should we unexpectedly not hear from you within two weeks, we will regard this as a definite avowal of the charges levelled against you and will proceed against you and your accomplices with all the necessary means and rigor.

Yours sincerely

The Plenipotentiary
for the Constitutionally
Special Status of Berlin